

Grundlagenpapier zur Alterspolitik der FBP

1. Grundsätze zur Seniorenpolitik

Heute ist in etwa ein Viertel der Bevölkerung 60 Jahre und älter. Bis ins Jahr 2050 wird dieser Bevölkerungsanteil auf etwa einen Drittel anwachsen. Die Zahl der über 80jährigen wird sich im Vergleich zu heute verdreifachen.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei ist allen Generationen verpflichtet und vertritt damit auch die Interessen der älteren Generation. Die eingangs aufgeführten Zahlen zeigen, dass es sich für die gesamte Gesellschaft lohnt, wenn wir bereits heute die Zukunft auch der älteren Mitmenschen gestalten. Seniorinnen und Senioren werden in der Zukunft eine für die Gesellschaft noch viel wichtigere und grössere Rolle spielen, als dies heute schon der Fall ist. Ihre Anliegen sollten alle Felder der Politik durchdringen. Das heisst für uns, dass wir auch an einem neuen Seniorenbild arbeiten müssen.

Unser heutiges System setzt ein Datum, welches den Übertritt vom aktiven, meist beruflichen Leben, in den dritten Lebensabschnitt, in das Seniorenalter, markiert. Dies obwohl wir wissen, dass Alter kein kalendarisch fest zu definierender Begriff ist. Es müssen für die Zukunft neue Modelle gefunden werden, da der Begriff Alter sehr individuell zu betrachten ist.

2. Zielsetzung einer modernen Alterspolitik

Alt sein heisst nicht krank sein. Noch viel zu oft wird Alter mit Krankheit und Gebrechen gleichgesetzt. Dabei wissen wir, dass es nie aktivere Alte gab als heute. Seniorinnen und Senioren gehören mit zu den aktivsten Gruppen unserer Gesellschaft. Sie verfügen über die Zeit und häufig auch über die Mittel, um sich vielen Interessen zu widmen, seien dies Reisen, die Pflege von Hobbies, Bildung, sportliche Aktivitäten und vieles mehr.

Es muss heute zur Zielsetzung einer zukunftsgerichteten Alterspolitik gehören, gesunde Alte, welche vollständig selbständig sind oder höchstens ambulant unterstützt werden müssen, klar von den Kranken und Gebrechlichen zu unterscheiden. Es muss also die Zielsetzung der Politik sein, die Institutionen, welche sich mit den gesunden oder ambulant zu unterstützenden Senioren beschäftigen, klar von denen zu trennen, welche sich durch stationäre Behandlungen mit den Kranken und Gebrechlichen beschäftigen. Es muss das Ziel der Politik sein, ältere Menschen so lange wie möglich in der Selbständigkeit, Unabhängigkeit und in den eigenen vier Wänden zu behalten, wie nur irgendwie möglich. Erst wenn dieses Ziel nicht mehr erreicht wird, sollten ältere und alte Menschen in die Obhut der Institutionen gegeben werden, welche sich mit stationären Behandlungen beschäftigen.

3. Situation heute

Die momentane Situation stellt sich in Liechtenstein so dar, dass die Strukturen für hilfe- und pflegebedürftige Personen inkl. der unselbständigen Senioren gegeben sind. Die professionelle ambulante Pflege und Betreuung des Verbandes der liechtensteinischen Familienhilfen und die stationäre Pflege in den Heimen der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe wird qualitativ hochstehend angeboten.

Im ambulanten Bereich hingegen wird es für Jungsenioren und für das Sozial- und Gesundheitswesen aus Gründen der langfristigen Verbesserung der Lebensqualität und deren Finanzierbarkeit von Wichtigkeit sein, vorbeugende Massnahmen für ein gesundes Altern zu treffen.

Für ein langes Verbleiben im eigenen Heim und zur Entlastung des stationären Bereiches werden unterstützende Angebote immer dringlicher und sind vermehrt aufzubauen und anzubieten. In diesem Bereich der gesunden oder ambulant zu unterstützenden Seniorinnen und Senioren ist vor allem die Freiwilligenarbeit zu finden, welche durch verschiedene Organisationen und Institutionen in den Gemeinden und auf Landesebene in der Altersarbeit tätig sind. Da diese Angebote der Kontinuität bedürfen, müssen sie langfristig begleitet und unterstützt werden.

4. Handlungsfelder

Um den Anliegen einer modernern Alterspolitik Rechnung zu tragen, muss zwischen jungen und alten sowie zwischen gesunden und kranken Seniorinnen und Senioren deutlich unterschieden werden. Die Bedürfnisse und Möglichkeiten im dritten Lebensabschnitt sind zu vielfältig, als dass man diese in einem Atemzug nennen könnte.

Um die Koordination dieser zwei Bereiche optimal ausgestalten zu können, benötigt es zwei unterschiedliche Fachbereiche und Trägerschaften. Während sich die Stiftung LAK um den stationären Bereich, also die Alters- und Pflegeheime, kümmern soll, ist für den Bereich der ambulanten Altersarbeit bzw. die Arbeit mit den gesunden Senioren eine neue Institution zu etablieren.

Für die Stiftung LAK sollten die Gemeinden die Trägerschaft in der Hauptverantwortung übernehmen, da es mit zu den Bedürfnissen der Kranken und Gebrechlichen zählt, in der Heimatgemeinde verbleiben zu können.

Für die neue Institution sollte das Land die Trägerschaft darstellen, da hier zentral die Arbeit mit den Gesunden und ambulant zu unterstützenden Alten anzusiedeln ist.

Das Verhältnis zwischen der neuen Institution und der Stiftung LAK sollte so sein, dass die neue Institution möglichst versucht sein sollte, so wenig Seniorinnen und Senioren wie möglich in die Obhut der Stiftung LAK geben zu müssen, da durch deren Arbeit die Menschen möglichst lange selbständig und unabhängig von der stationären Betreuung bleiben sollen.

Keinesfalls soll die Freiwilligenarbeit ersetzt oder in Frage gestellt werden. Der Beitrag durch die Freiwilligenarbeit ist von unschätzbarem Wert. Was aber fehlt, ist eine professionelle Stelle, die in den Bereichen Prävention und Beratung

koordinative Aufgaben wahrnimmt. Sämtliche Energien, die in die Prävention und in das Bestreben, Seniorinnen und Senioren möglichst lange in der Selbständigkeit und weitgehenden Unabhängigkeit zu behalten gesteckt werden, wirkt sich positiv auf die Kosten auf der Pflegeseite aus.

5. Grundhaltung

Die Bürgerpartei ist davon überzeugt, dass auf der Seite der jungen und gesunden Seniorinnen und Senioren diese Koordinationsstelle wirklich fehlt. Es fehlt an der professionellen Vernetzung und an der Stelle, welche die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt an die richtigen Zielgruppen stellt. Thematisiert werden sollen zum Beispiel die Chancen von Wohngemeinschaften, das Alleinsein im Alter, das Erreichen von Seniorinnen und Senioren zu einem Zeitpunkt, wo sie aktiv in der Gestaltung ihrer Zukunft mitwirken können.

In den Seniorinnen und Senioren steckt sehr grosses Potential, welches unbedingt für die Gesellschaft genutzt werden soll. Hier kann an die Freiwilligenarbeit gedacht werden, an vorhandenes Wissen und Lebenserfahrung, an den Luxus über Zeit zu verfügen und diese Zeit vielleicht Familien zur Verfügung zu stellen, sei dies in Form von Betreuungsaufgaben, Hilfestellungen im Alltag, Tages(-gross)mütter- und -väterdienste, Hausaufgaben und Lernhilfe und vieles mehr. Dieses Potential kann aber nur durch gezielte Netzwerkarbeit erfasst und genutzt werden.

Die Bürgerpartei geht bei alle dem von einer Grundhaltung aus, welche den Menschen ins Zentrum stellt, die Wahlfreiheit gewährt und davon überzeugt ist, dass jede Person für sich am Besten weiss, was für sie gut ist.